

Antrag

der Abgeordneten Eugen Schmidt, Petr Bystron, Tino Chrupalla, Markus Frohnmaier, Dr. Alexander Gauland, Stefan Keuter, Steffen Kotré, Matthias Moosdorf, René Springer, Joachim Wundrak, Marc Bernhard, Thomas Dietz, Dr. Götz Frömming, Dr. Malte Kaufmann, Jörn König, Edgar Naujok, Jan Wenzel Schmidt und der Fraktion der AfD

Deutsche Minderheit in der Ukraine – Unserer Verantwortung gerecht werden

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine forderte bereits tausende Menschenleben und gefährdet unzählige weitere. Ein Ende des Blutvergießens ist derzeit nicht abzusehen. In Anbetracht dieser Situation erklärt und bekräftigt die Bundesrepublik Deutschland ihre besondere Verantwortung für die in der Ukraine lebende deutsche Minderheit, welche nach Angaben der Bundesregierung rund 33.000 Personen umfasst, sowie ihren Willen, dieser Verantwortung gerecht zu werden (https://www.aussiedlerbeauftragter.de/SharedDocs/downloads/Webs/AUSB/DE/taetigkeitsbericht-2018-2019.pdf;jsessionid=324E98D6AF76478D89BA1C6018131858.2_cid364?__blob=publicationFile&v=2, S. 19).

Der Deutsche Bundestag begrüßt in diesem Zusammenhang, geflüchteten Ukrainern temporären Schutz in der Bundesrepublik Deutschland zu bieten. Er weist zugleich darauf hin, dass die Ukraine 2021 nach Angaben der Bundesregierung zu denjenigen Ländern gehörte, aus denen die meisten Personen unerlaubt in das Bundesgebiet eingereist sind (Bundestagsdrucksache 20/1365). Zudem weist der Deutsche Bundestag die Bundesregierung nochmals auf die Warnungen von Sicherheitsbehörden hin, dass die sehr lückenhafte Registrierung der Flüchtlinge aus der Ukraine Sicherheitsrisiken birgt (Bundestagsdrucksache 20/1347).

Der Deutsche Bundestag begrüßt, dass die Bundesregierung das Verfahren zur Anerkennung als Spätaussiedler für Angehörige der deutschen Minderheit in der Ukraine unmittelbar nach dem russischen Angriff entbürokratisiert hat, hält diese Maßnahme in Anbetracht der Dramatik der Situation aber nicht für hinreichend, (http://deutsche.in.ua/de/news/self_organization/wichtige-informationen.html; <https://www.aussiedlerbeauftragter.de/SharedDocs/kurzmeldungen/Webs/AUSB/DE/2022/20220311-haertefallverfahren-ukraine.html>).

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. geeignete Mittel der Evakuierung für reiseunfähige Angehörige der deutschen Minderheit zu organisieren;
 2. dass die deutschen diplomatischen Vertretungen flüchtende Angehörige der deutschen Minderheit aus der Ukraine, die reisefähig sind, aber Hilfe benötigen, um das Aufnahmelager in Friedland zu erreichen, hinreichend unterstützen und der „Arbeitsgemeinschaft deutscher Minderheiten in der FUEN“, die diese Aufgabe bislang wahrgenommen hat, hierfür ausdrücklich danken;
 3. Wege zu finden, auch den Angehörigen der deutschen Minderheit Hilfe zukommen zu lassen, die sich in Teilen der Ukraine befinden, die von Truppen der Russischen Föderation kontrolliert werden, bspw. über die deutschen Vertretungen in der Russischen Föderation;
 4. das Bundesverwaltungsamt aufzufordern, die Härtefallregelung für Menschen, die eine Aufnahme nach dem Bundesvertriebenengesetz anstreben, beizubehalten und Verfahren für eine unbürokratischere Handhabung zu entwickeln.

Berlin, den 22. April 2022

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion